



# Sozialstaat auf der Kippe und die Last auf der Jugend

Pensionssystem, Arbeitsmarkt und Sozialstaat geraten aus den Fugen. Immer weniger Beitragszahler müssen für immer mehr Leistungen aufkommen. Zudem verlieren wir ganze Generationen an Erwerbstätigen durch Frühpensionierungen und Arbeitslosigkeit. Die Politik handelt seit Jahren nicht, obwohl die Probleme schon lange bekannt sind. Wir brauchen Reformen und wieder mehr Leistungsbereitschaft. Die Lasten des Sozialstaates werden ansonsten für unsere Kinder erdrückend.

Von **Stefan Rothbart**

Der Sozialstaat steht auf der Kippe. Man muss es so drastisch formulieren. Es ist eine simple Rechnung. Wir alle zahlen mit unserem Steueraufkommen in die Staatskasse ein und bekommen Leistungen des Staates retour. Damit diese Leistungen finanzierbar bleiben, sind zwei Faktoren ausschlaggebend: die Anzahl der erwerbstätigen Personen, die in Pensionen & Co. einzahlen, und die Höhe der gesamten Einzahlungen. Das österreichische Steuersystem basiert dabei auf zwei großen Säulen, der Besteuerung von Erwerbsarbeit (Lohnsteuer) und der Besteuerung von Konsumausgaben (Umsatzsteuer). Beide Säulen korrelieren miteinander. Steigt die Summe aller Löhne, steigen die Lohnsteuer und auch die Kaufkraft, was wiederum den Konsum anregt. Die Finanzierbarkeit unseres Sozialsystems ist also abhängig von Erwerbsarbeit. Dabei gilt die Regel, je mehr Menschen in Lohn stehen, desto einfacher ist es, den Sozialstaat zu schultern. Genau diese Regel wird zunehmend außer Kraft gesetzt, denn immer weniger Erwerbstätige müssen für immer mehr Kosten des Staates aufkommen. Diese Last ist im Alltag spürbar. Wenn die Menschen verstärkt das Gefühl haben, im Beruf unter Druck zu stehen und immer mehr für weniger Geld leisten zu müssen, dann kommt das nicht von ungefähr. Sie spüren die Last des Systems, die auf immer weniger Schultern ruht.

## Verlorene Generationen fürs Pensionssystem

Nirgendwo ist die Kluft zwischen Beitragszahlern und Leistungsbeziehern so sichtbar und deutlich wie bei den Pensionen. Wir verlieren ganze Generationen an Beitragsjahren durch Frühpensionierungen und Arbeitslosigkeit. Unser Umlagesystem basiert darauf, dass die derzeit Erwerbstätigen die Pensionen ihrer Eltern zahlen. Niemand zahlt in Österreich für seine eigene Pension ein. Pensionen sind auch keine soziale Transferleistung, sondern ein durch Beitragsjahre erworbener Anspruch. Das Umlageverfahren ist aber nicht finanzierbar, wenn immer weniger Erwerbstätige ein ansteigendes Heer von Rentnern finanzieren müssen. Bis zum Jahr 2050 wird die Zahl der Pensionisten um knapp 1,1 Millionen ansteigen, jene der Erwerbstätigen um einige Hunderttausend sinken. Womit die Gefahr wächst, dass die Jüngeren die finanziellen Lasten des Sozialstaats nicht mehr stemmen können. Für den Pensionsexperten und Sozialforscher Bernd Marin ist der Befund eindeutig: „Pensionsanpassung 2021 war populistisch, frivol, überhöht und ungesetzlich“, prangert er den unredlichen Umgang der Regierung an und sieht eine politische Grundsatzentscheidung: „Es ist eine Grundsatzentscheidung zu treffen. Soll das ohnedies abgeschwächte Versicherungsprinzip durch Sozialbedarf weiterhin ergänzt oder ersetzt werden? Das wäre die Grundsicherung ehemaliger Ostblock- Volksdemokratien wie auch anglosächsischer, liberalkapitalistischer Systeme. Über 90 Prozent der Österreicher wollen das nicht.“ Christina Mayrhuber vom WIFO Institut sieht die Lage ähnlich, betont aber den Wert der Pensionserhöhungen für die Bekämpfung der Altersarmut. „Das österreichische System der Pensionsfinanzierung steht und fällt mit der Arbeitsmarktentwicklung: Arbeitsmarktveränderungen wie sinkende Beschäftigung, schwache oder sinkende Erwerbseinkommen etc. schlagen unmittelbar auf die Finanzierung der Pensionen durch“, so Mayrhuber. Dass höhere Pensionen auch einen Effekt auf den Konsum haben und somit über die Konsumsteuern einen Teil der budgetären Zuschüsse refinanzieren, sei laut Mayrhuber nicht unwesentlich. An der steigenden Finanzierungslast für zukünftige Generationen dürfte das aber wenig ändern.

# „Koste es, was es wolle“

## Sozialstaat auf der Kippe und die Last auf der Jugend

Foto: iStock.com/priwetik



Pensionssystem, Arbeitsmarkt und Sozialstaat geraten aus den Fugen. Immer weniger Beitragszahler müssen für immer mehr Leistungen aufkommen. Zudem verlieren wir ganze Generationen an Erwerbstätigen durch Frühpensionierungen und Arbeitslosigkeit. Die Politik handelt seit Jahren nicht, obwohl die Probleme schon lange bekannt sind. Wir brauchen Reformen und wieder mehr Leistungsbereitschaft. Die Lasten des Sozialstaates werden ansonsten für unsere Kinder erdrückend.

Von Stefan Rothbart

**D**er Sozialstaat steht auf der Kippe. Man muss es so drastisch formulieren. Es ist eine simple Rechnung. Wir alle zahlen mit unserem Steueraufkommen in die Staatskasse ein und bekommen Leistungen des Staates retour. Damit diese Leistungen finanzierbar bleiben, sind zwei

„Die Menschen spüren die Last des Systems, die auf immer weniger Schultern ruht.“

Faktoren ausschlaggebend: die Anzahl der erwerbstätigen Personen, die in Pensionen & Co. einzahlen, und die Höhe der gesamten Einzahlungen. Das österreichische Steuersystem basiert dabei auf zwei großen Säulen,

der Besteuerung von Erwerbsarbeit (Lohnsteuer) und der Besteuerung von Konsumausgaben (Umsatzsteuer). Beide Säulen korrelieren miteinander. Steigt die Summe aller Löhne, steigen die Lohnsteuer und auch die Kaufkraft, was wiederum den Konsum anregt. Die Finanzierbarkeit unseres Sozialsystems ist also abhängig von Erwerbsarbeit. Dabei gilt die Regel, je mehr Menschen in Lohn stehen, desto einfacher ist es, den Sozialstaat zu schultern.

Genau diese Regel wird zunehmend außer Kraft gesetzt, denn immer weniger Erwerbstätige müssen für immer mehr Kosten des Staates aufkommen. Diese Last ist im Alltag spürbar. Wenn die Menschen verstärkt das Gefühl haben, im Beruf unter Druck zu stehen und immer mehr für weniger Geld leisten zu müssen, dann kommt das nicht von ungefähr. Sie spüren die Last des Systems, die auf immer weniger Schultern ruht.

### Verlorene Generationen fürs Pensionssystem

Nirgendwo ist die Kluft zwischen Beitragszahlern und Leistungsbeziehern so sichtbar und deutlich wie bei den Pensionen. Wir verlieren ganze Generationen an Beitragsjahren durch Frühpensionierungen und Arbeitslosigkeit. Unser Umlagesystem basiert darauf, dass die derzeit Erwerbstätigen die Pensionen ihrer Eltern zahlen. Niemand zahlt in Österreich für seine eigene Pension ein. Pensionen sind auch keine soziale Transferleistung, sondern ein durch Beitragsjahre erworbener Anspruch. Das Umlageverfahren ist aber nicht finanzierbar, wenn immer weniger Erwerbstätige ein ansteigendes Heer von Rentnern finanzieren müssen. Bis zum Jahr 2050 wird die Zahl der Pensionisten um knapp 1,1 Millionen ansteigen, jene der Erwerbstätigen um einige Hunderttausend sinken. Womit die Gefahr wächst, dass die Jün-

geren die finanziellen Lasten des Sozialstaats nicht mehr stemmen können. Für den Pensionsexperten und Sozialforscher Bernd Marin ist der Befund eindeutig: „Pensionsanpassung 2021 war populistisch, frivol, überhöht und ungesetzlich“, prangert er den unredlichen Umgang der Regierung an und sieht eine politische Grundsatzentscheidung: „Es ist eine Grundsatzentscheidung zu treffen. Soll das ohnedies abgeschwächte Versicherungsprinzip durch Sozialbedarf weiterhin ergänzt oder ersetzt werden? Das wäre die Grundsicherung ehemaliger Ostblock-Volksdemokratien wie auch anglosächsischer, liberalkapitalistischer Systeme. Über 90 Prozent der Österreicher wollen das nicht.“

Christina Mayrhuber vom WIFO Institut sieht die Lage ähnlich, betont aber den Wert der Pensionserhöhungen für die Bekämpfung der Altersarmut. „Das österreichische System der Pensionsfinanzierung steht und fällt mit der Arbeitsmarktentwicklung: Arbeitsmarktveränderungen wie sinkende Beschäftigung, schwache oder sinkende Erwerbseinkommen etc. schlagen unmittelbar auf die Finanzierung der Pensionen durch“, so Mayrhuber.

Dass höhere Pensionen auch einen Effekt auf den Konsum haben und somit über die Konsumsteuer einen Teil der budgetären Zu-

„**Ohne Fleiß kein Preis. Unser Sozialstaat ist es wert, dass wir uns wieder mehr für ihn ins Zeug hauen.**“

schüsse refinanzieren, sei laut Mayrhuber nicht unwesentlich. An der steigenden Finanzierungslast für zukünftige Generationen dürfte das aber wenig ändern.

### Pensionen sind sicher, nur für wen?

Dass das Pensionssystem sicher sei, bekommen wir gebetsmühlenartig seit Jahren von der Politik gepredigt. Nur stellt sich die Zusatzfrage: Für wen und wie hoch?

Für heutige Spitzenverdiener und Beamte dürfte das gelten, aber was ist mit den jungen Leuten, die heute ins Erwerbsleben eintreten und 2070 in Pension gehen? Oder für Frauen, die nur wenige Beitragsjahre aufgrund von Familienarbeit aufweisen können?

Selbst wenn wir aus dem Steuertopf zuschießen, muss das irgendwer erwirtschaften. „Bis 2034 gehen 1,9 Millionen Babyboomer, die Jahrgänge 1956 – 1969, in den Ruhestand. Es wird bald drei statt zwei Millionen Pensionisten geben. Eine Million über Achtzigjährige wird das Pflegesystem zusätzlich strapazieren“, erläutert Bernd Marin das demografische Problem. „Die breiten Kohorten der Babyboomer (1963: 135.000 Kinder)

müssen nun von ihren dünnen Kinder- und Enkelgenerationen (1999-2013: 75.000-79.000 Kinder) durchgefüttert werden. Diese „Babyslumper“ müssen ihre bis zu 80 Prozent stärkere Eltern- und Großelterngenerationen alimentieren“, so Marin.

Diese demografische Rechnung zeigt deutlich, dass das derzeitige System – auch über den Steuertopf – nicht mehr nachhaltig ist. „Die Ungerechtigkeiten sind längst so untragbar wie die finanzielle Nicht-Nachhaltigkeit. Es gibt enorme Verwerfungen im Generationenvertrag zwischen Jüngeren und Älteren, Männern und Frauen, Staatsbürgern und Ausländern, Beamten/Bediensteten im geschützten Sektor und der freien Wirtschaft, zwischen ASVG-Normalbürgern, betrieblich Versicherten und Beziehern luxurierender „Sonderpensionen“. Es muss endlich jeder Euro, jedes Beitragsmonats gleich viel wert sein, so Marin.

Das Problem verschärft sich noch durch die zunehmende Dysfunktionalität des Arbeitsmarktes. Nicht nur dass immer mehr Menschen durch Pensionierung dem aktiven Erwerbsprozess verloren gehen, am anderen

## Hände weg von den Pensionen!

Wenn Bundeskanzler Kurz mit seiner 3,5 Prozent Erhöhung der Mindestpensionen einseitig in das Beitragssystem eingreift, ist das nicht „gerecht“ sondern er verstärkt das Problem der fehlenden Beitragsdeckung in der Zukunft und erzeugt noch höhere Belastungen für kommende Generationen. Hände weg von den Pensionen. Eine soziale Aufstockung muss über das Sozialbudget erfolgen, nicht über den Pensionstopf.

Ende, bei den Jungen, tut sich durch steigende Jugendarbeitslosigkeit und späteren Job-Eintritt ein zusätzliches Problem auf. An beiden demografischen Enden verliert das System Beitragsjahre. „Wir brauchen viel höhere Beschäftigung bei Jüngeren und Älteren. Weniger Berufsunfähigkeitspensionen, vorverlegte Harmonisierung der Beamtenpensionen mit ASVG und ein Auslaufen bzw. höchstmögliche Besteuerung der strukturell korrupten „Sonderpensionen“ sowie Stopp der Frühpensionen im öffentlichen Dienst durch rigorose Vakanzen bei Nachbesetzungen und automatische Anhebung des Pensionsalters um zwei bis drei Monate bei Lebenserwartungszuwächsen von 71-101 Tagen jährlich“, so der Sozial- und Pensionsexperte Bernd Marin. „Will man weiter sinkende Leistungen bzw. eine steigende Abgaben- oder Schuldenbelastung vermeiden, ist eine Anhebung des Antrittsalters zielführend. Beschlüsse der jüngeren Vergangenheit wirken nicht nur kurz-, sondern vor allem auch längerfristig deutlich ausgabenstei-



Prof. Dr. Bernd Marin Foto: wikimedia/Werner Biegler



Mag. Christine Mayrhuber Foto: WIFO



Mag. Johannes Berger Foto: ECO Austria



Günter Goach, Präsident AK Kärnten Foto: Jost/Boyer



Josef Pessler, Präsident AK Steiermark Foto: AK Stmk.

gernd (etwa abschlagsfreie Pensionen nach 45 Arbeitsjahren) und sind daher kritisch zu diskutieren“, zeigt zudem Johannes Berger, Leiter des Forschungsbereichs Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung bei ECO Austria, auf.

### Dysfunktionaler Arbeitsmarkt

Die Bereitstellung und Vermittlung von Arbeitskräften am österreichischen Arbeitsmarkt ist beeinträchtigt. Mit Ende Oktober verzeichnet das AMS wieder 423.750 Menschen ohne Erwerbsarbeit oder in Schulungen. Der Wert dürfte durch den zweiten Lockdown im November erneut ansteigen. Das Niveau der Arbeitslosigkeit ist somit im Vergleich mit Deutschland deutlich höher. Die saisonbereinigte Jugendarbeitslosigkeit

### KOMMENTAR...

Foto: Chris Flach



... von Chefredakteur Stefan Rothbart

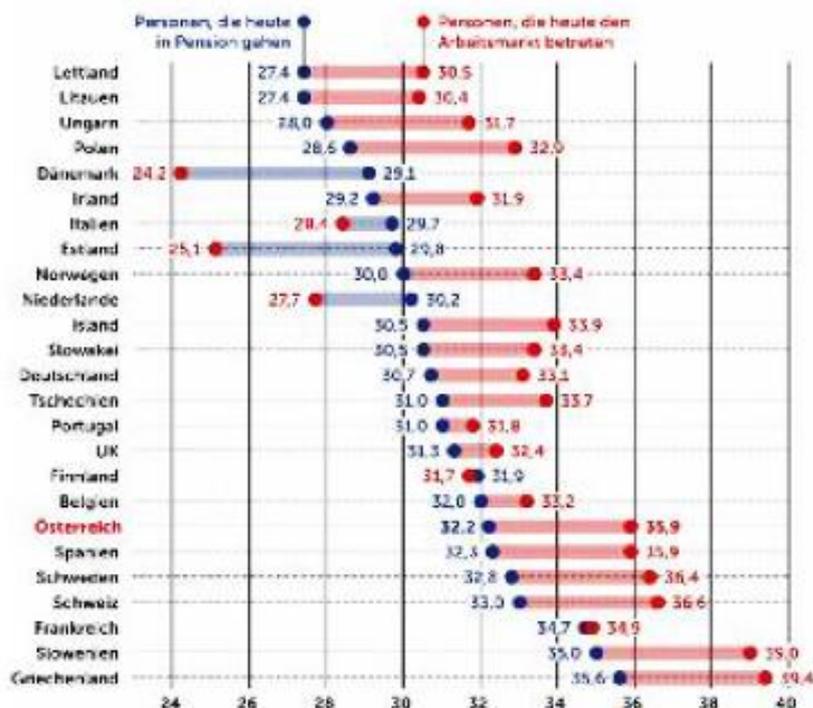
### „Wieder ins Zeug hauen!“

Langfristig werden wir uns als Gesellschaft die Frage stellen müssen, ob wir unseren Sozialstaat aufrecht erhalten wollen. Die Alternative ist eine Rentier-Gesellschaft wie im 19. Jahrhundert, wo Leistung durch Arbeit an Bedeutung verliert und soziale Absicherung nicht durch die Umlage eines Sozialstaates, sondern durch Erbschaft und Kapitalvermögen gesichert wird, wofür jede und jeder Einzelne selbst sorgen muss. Was mehr Freiheit und Sicherheit bietet, ist dabei die Frage.

Wir sollten unseren hochentwickelten Sozialstaat aber nicht so schnell über Bord werfen. Er ist eine große Errungenschaft. Aber von nichts kommt nichts. Das muss uns wieder klar werden. Wenn wir einen leistungsfähigen Sozialstaat weiterhin haben wollen, dann müssen wir alle, ob alt oder jung, ob Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, wieder mehr Leistungsbereitschaft aufbringen. Wohlstand entsteht nicht aus dem Nichts. Daran werden auch die Digitalisierung, die Automatisierung der Wertschöpfung und irgendwann ein bedingungsloses Grundeinkommen nichts ändern. Ohne Fleiß kein Preis. Unser Sozialstaat ist es wert, dass wir uns wieder mehr für ihn ins Zeug legen. Sonst werden die Kosten unsere Kinder und Kindeskinde eines Tages erdrücken.

## Immer länger in Pension

– Dauer der Pension, in Prozent der Lebenszeit im erwachsenen Alter



Quelle: OECD

Anmerkung: Die Dauer des Ruhestands markiert die mittlere Lebenserwartung nach dem Pensionseintritt. Das Erwachsenenleben beginnt ab dem 21. Lebensjahr. Lebensbeispiel: Mit 65 Jahren beträgt die Lebenserwartung in Österreich noch 25,4 Jahre. Somit verbringt eine Person, die heute in Pension geht, 32,2 % ihres Erwachsenenlebens im Ruhestand.

steigt auf 9,4 Prozent. Doch die Zahlen berücksichtigen nur Arbeitslose, die beim AMS gemeldet sind. Der Anteil nicht erwerbstätiger Personen ist demnach sogar noch höher anzusetzen. Auch verzerren zahlreiche Arbeitsstiftungen die Arbeitslosenquote. Dem stehen trotzdem rund 65.000 sofort verfügbare offene Stellen sowie rund 7000 Lehrstellen gegenüber. Trotz Rekordarbeitslosigkeit melden viele Betriebe nach wie vor Fachkräftemangel, der sich sogar durch die Krise verstärkt. Die strukturelle Langzeitarbeitslosigkeit steigt außerdem. Zudem müsste man auch die Anzahl der Menschen, die pro Monat in Pension gehen, erheben, denn auch sie werden dem Arbeitsmarkt entzogen. Fazit ist, dass der Arbeitsmarkt an Dynamik und Leistungsfähigkeit verliert. Es fehlen die richtigen Anreize.

### Produktivitätsschere geht auf

Immer weniger Erhalter unseres Sozialstaates vermag der Arbeitsmarkt dadurch zu generieren. Woran das liegt, hat wiederum mehrere Gründe. „Das gesamtwirtschaftlich geleistete Arbeitsvolumen 2019 überstieg jenes im Jahr 2008 nur um 0,2 Prozent, die Zahl der Erwerbstätigen lag 2019 hingegen um neun Prozent bzw. 360.000 Personen höher als 2008. Die hohe Produktivität der österreichischen Wirtschaft bedeutet eine

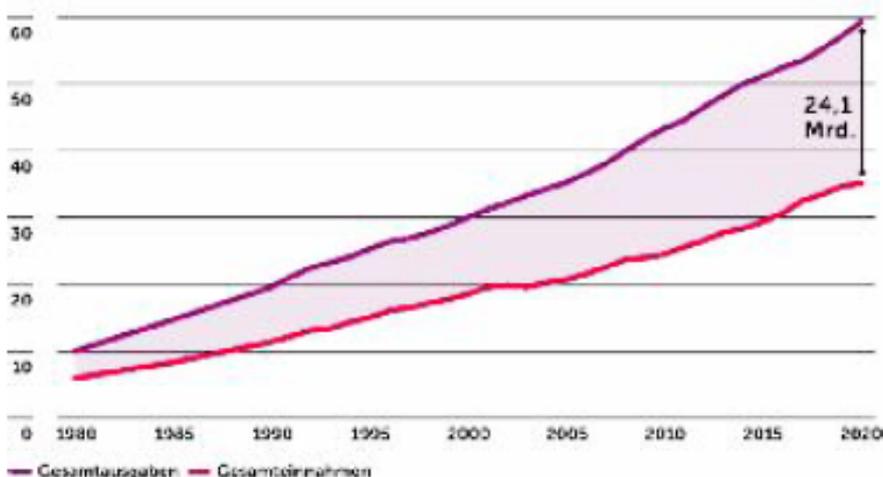
Entkoppelung des Beschäftigungswachstums vom Wirtschaftswachstum, was sich in der hohen Arbeitslosenquote vor 2020 zeigte. Auch stieg das Arbeitskräfteangebot – unter anderem durch die Pensionsreformen – deutlich stärker als die Arbeitskräftenachfrage. Diese Entwicklungen standen dem Abbau der Arbeitslosenzahlen deutlich entgegen“, so Christine Mayrhuber vom WIFO Institut. Arbeitsmarktexperte Johannes Berger von ECO Austria sieht auch ein Qualifizierungsproblem. „Trotz Beschäftigungswachstum legt die Arbeitslosigkeit im langjährigen Schnitt zu und ist insbesondere bei Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss zu hoch.

„Wir verlieren ganze Generationen an Beitragsjahren durch Frühpensionierungen und Arbeitslosigkeit.“

Eine Kombination mehrerer Gründe ist relevant: u.a. ein „Mismatch“ zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage (in Bezug auf Qualifikation und Region), die hohe Belastung des Faktors Arbeit, der starke Zuwachs des Arbeitskräfteangebots etwa durch Zuwanderung und teilweise unflexible Regulierungen“, so

## Pensionskosten

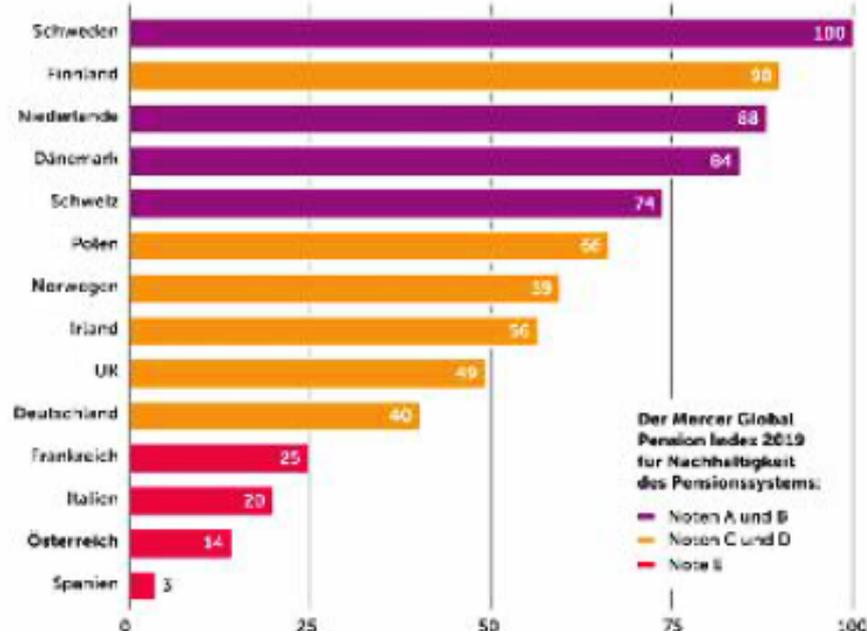
– Einnahmen und Ausgaben im öffentlichen sowie gesetzlichen Pensionssystem, in Milliarden Euro



Quellen: Eigene Berechnungen, EuroKultur, Budgetdienst, ESSDS, Wifo.  
Anmerkung: Für 2019 und 2020 Schätzungen.

## Nur 14 Prozent der Österreicher nehmen an kapitalgedeckter Vorsorge teil

– Teilnahme an kapitalgedeckter Pensionsvorsorge, in Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter



Quellen: OECDa, Mercer Institute.  
Anmerkung: 2017 oder letztes verfügbares Jahr.

Berger. Dass die Beschäftigung nicht mehr mit der Produktivität gleich mitwächst, sieht auch der Kärntner Arbeiterkammer-Präsident Günter Goach: „Immer mehr wird in immer kürzerer Zeit – jedoch mit immer weniger personellem Einsatz – hergestellt. Und Tatsache ist, diese Entwicklung geht nicht mehr konform mit dem realen Arbeitsmarkt. Deshalb plädieren wir als Arbeiterkammer für eine branchenorientierte Arbeitszeitver-

kürzung, um wieder ein Gleichgewicht herstellen zu können.“ Auch sein Kollege Josef Pessler, Präsident der AK Steiermark, fordert eine Neuverteilung von Arbeit. „Die größte Sorge ist, dass sich die Arbeitslosigkeit gerade bei Älteren oder nicht gut Ausgebildeten verfestigt. Einerseits als Folge der Pandemie, andererseits auch aufgrund des technologischen Wandels. Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Produktivitätssteigerungen,

nicht zuletzt aufgrund des technologischen Wandels (Stichwort Digitalisierung) ist es notwendig, über die Verteilung der Arbeit nachzudenken. Mit dem Ziel, Beschäftigung und damit die Finanzierung des Sozialsystems zu sichern“, so Pessler, der betont, dass gerade die Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer den Erfolg der österreichischen Wirtschaft ausmache.

## Investitionen sichern Arbeitsplätze

Corona verschlimmert vorerst die Situation am Arbeitsmarkt. Der Lockdown im November erhöht die Belastungen auf Betriebe und Arbeitnehmer zusätzlich. Kurz- und mittelfristig braucht es daher verstärkt Investitionen, um Arbeitsplätze zu sichern. Gerade jetzt braucht es ein azyklisches Investitions- und Konsumverhalten. „In einer Krise ist es unbedingt notwendig, dass die öffentliche Hand viel Geld zur Verfügung stellt und ein milliardenschweres Investitionspaket schnürt. Ohnehin notwendige Investitionen, etwa in die Gemeinde- und Verkehrsinfrastruktur oder in die Wohnbau-Sanierung, sollten vorgezogen werden. Nur so kann es gelingen, Beschäftigung zu sichern“, betont AK-Steiermark-Präsident Pessler. Sein Kollege Günter Goach verweist zudem auf die Treffsicherheit von Arbeitsstiftungen in der Weitervermittlung. „Kärntens Sozialpartner haben sich darauf verständigt, zusammen mit dem AMS und dem Land einen gemeinsamen Weg aus der Corona-Krise zu koordinieren. Ein Teil der AMS-Mittel sollte in echte Stiftungsmaßnahmen geleitet werden, denn Förderungen aus diesen Töpfen sind sehr zielgerichtet und vor allem mit Betrieben abgestimmt. Hier haben wir eine Erfolgs- bzw. Vermittlungsquote von weit über 90 Prozent“, so Goach.

## Langfristig Arbeitslosigkeit minimieren

Experte Bernd Marin verweist darauf, dass langfristig viel umfangreichere Reformen notwendig sind. „Minimierung von Arbeitslosigkeit muss das Primärziel sein, denn ihre Kosten sind horrend. Sie können sogar die Sterblichkeit von Corona übertreffen. Sozialpartnerschaftlich bewährte Kriseninstrumente wie Kurzarbeit funktionierten 1993, 2008 und 2020. Doch nicht auf Dauer. Arbeitszeit muss rundum neu gestaltet werden. Dazu braucht es historische Kompromisse, die sich für Arbeitgeber und Arbeitnehmer rechnen, z.B. Flexibilisierung gegen die Vier-Tage-Woche.

Für WIFO-Expertin Mayrhuber ließen sich etwa im Gesundheits- und Pflege- sowie Betreuung- und Erziehungsbereich durch Personalaufstockungen von Bund, Länder und Gemeinden große Beschäftigungseffekte erzielen. Für Johannes Berger von ECO Austria wird der Faktor Bildung und Ausbildung noch stärker an Bedeutung gewinnen. Weiterbildung müsse gerade jetzt forciert werden. ■